

Aus der Arbeit des Technischen Ausschusses

Sitzung des Technischen Ausschusses am 18.03.2015

anwesend: 4 Mitglieder (Normalzahl: 6)

Vorsitzender: Bürgermeister Jochen Stoll

1) Errichtung Halteverbot im Interkom Hochwaldstraße, Markung Simmersfeld

In den Unterlagen liegen die Stellungnahmen der Anlieger und des Interkoms vor. Angestoßen wurde das Halteverbot durch eine Firma. Es gibt immer wieder Probleme mit parkenden LKWs. Zuständig ist das Landratsamt. Die Gemeinde soll nun aber auch eine Stellungnahme abgeben. Die Gremiumsmitglieder haben die Situation oben mehrfach beobachtet. Sie sind sich einig, dass die Parkplätze bestehen bleiben müssen. Ein Halteverbot darf nicht eingeführt werden. Irgendwo müssen LKWs warten, wenn sie nicht gleich abladen können. In der Köhlerstraße kann ein Park- und Halteverbot ausgeschildert werden. Dem Vorschlag vom Interkom wird aber nicht zugestimmt. Das Gremium sieht keinen Handlungsbedarf.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den Vorschlag abzulehnen. Es soll angeregt werden, die Parkplätze auf jeden Fall zu erhalten, ansonsten nichts weiter in der Hochwaldstraße zu ändern. Wenn dann nur in der Köhlerstraße. Das Schild Wendetafel ist sinnvoll. Der Technische Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

2) Änderungsbauantrag: Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit 8 Wohneinheiten, Erweiterung des Personenaufzugs vom 1. DG ins 2. DG Flst. 1071/12, Heideweg, Markung Oberweiler

Der Bauherr möchte den Personenaufzug auch im 2. DG. Dadurch gibt es Veränderungen im Baugesuch. Das Gremium hat keine Bedenken, das Einvernehmen wurde ja bereits erteilt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, das Einvernehmen der Gemeinde zu erteilen. Der Technische Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3) Änderungsbauantrag: Veränderte Lage der Mistplatte und Erweiterung bestehende Fahrsilos Flst. 66/4 und 70, Obere Straße, Markung Ettmannweiler

Wegen Befangenheit tritt Gemeinderat Herbert Müller in den Zuhörerraum zurück. Gemeinderat Herbert Roller fragt, ob es Bedenken von Anliegern gibt. Der Vorsitzende erklärt, dass es keine gibt. Das Fahrsilo ist genehmigungsfrei. Da der Weg dem Bauherren gehört, kann er ihn überbauen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, das Einvernehmen der Gemeinde zu erteilen. Der Technische Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Aus der Arbeit des Gemeinderates

Sitzung des Gemeinderates am 18.03.2015

anwesend: 12 Mitglieder (Normalzahl: 14)

Vorsitzender: Bürgermeister Jochen Stoll

1) Stadtsanierung Simmersfeld: Abbruch eines Gebäudes

Die Ausschreibung für den Abbruch der Altensteiger Str. 14 ist beschränkt erfolgt. Es wurden vier Bieter angeschrieben, drei haben ein Angebot abgegeben. Eines konnte nicht gewertet werden wegen der fehlenden Unterschrift. Architekt Kern hat verschiedene Bedarfspositionen mit in das Leistungsverzeichnis aufgenommen. Hier kann die Gemeinde nun entscheiden, welche zur Ausführung kommen sollen und welche nicht. Herr Kern stellt das Ergebnis nun vor.

Bei allen Konstellationen bleibt die Rangfolge gleich. Die Auswahl verschiedener Bedarfspositionen wirkt sich also nicht auf die Reihenfolge aus. Annehmbarster Bieter ist immer die Fa. Renz GmbH.

Es wurden folgende Bedarfspositionen ausgeschrieben:

1. Buntsandsteinquader

Es besteht die Möglichkeit, die Buntsandsteinquader im Erdgeschoss für eigene Zwecke auszusondern und vorzuhalten. Die Kosten liegen bei 800 € netto.

2. Sandsteinstufen

Bei den Sandsteinstufen gilt das gleiche, die Kosten liegen bei 65 € netto.

3. Biberschwanzziegel

Eine Dachhälfte ist mit relativ gut erhaltenen Biberschwanzziegeln bedeckt. Das Aussondern inkl. Palettieren kostet 300 € netto.

4. Falzziegel (Ludowici)

Die andere Dachhälfte ist mit Ludowici-Ziegeln gedeckt. Das Aussondern inkl. Palettieren kostet 40 € netto.

5. Auffüllen einer stillgelegten Jauchegrube. Die Netto-Kosten liegen bei 270 €.

Aus Sicht der Verwaltung sollten alle Bedarfspositionen ausgeführt werden. Gemeinderat Karl Roller fragt, ob die Ziegel überhaupt gebraucht werden. Der Vorsitzende erklärt, dass dies v.a. auf den älteren Gebäuden und den Hütten noch der Fall ist. Ggf. können sie immer noch an Private verkauft werden. Das Gremium sieht stimmt den Bedarfspositionen zu.

Der Vorsitzende stellt folgenden Antrag:

Der Auftrag wird an den annehmbarsten Bieter, die Fa. Renz aus Rohrdorf, zum Angebotspreis von 40.789,04 € erteilt. Alle Bedarfspositionen werden ausgeführt. Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

2) Sanierung des Rathauses Fünfbronn, Ausschreibung der Arbeiten

Das Rathaus Fünfbronn muss dringend saniert werden. Herr Architekt Kern hat eine Kostenschätzung erstellt und die Ausschreibung der Arbeiten vorbereitet. Bei einem Ortstermin hat sich der Technische Ausschuss einen Eindruck verschafft (entsprechend einem Beschluss des Gemeinderates, die Mitglieder des Ortschaftsrates waren bei der Sitzung ebenfalls anwesend). Das Protokoll ist der Sitzungsvorlage beigelegt.

Der Technische Ausschuss hat sich für die Sanierung ausgesprochen und zwar inklusive der Anbringung eines Vollwärmeschutzes. Die Kosten hierfür sind zwar höher, werden aber durch geringere Folgekosten und Energieeinsparungen wieder ausgeglichen.

Abgeklärt wurde nun noch von Herrn Architekt Kern, ob es Fördermöglichkeiten gibt. Dies ist leider nicht der Fall. Dadurch kann die Dämmstärke etwas niedriger gewählt werden. Es sollte aber die Stärke eines Neubaus gewählt werden. Die Fenster würde man komplett austauschen. Einige wären durch einen Anstrich noch zu retten, diesen müsste man aber regelmäßig wiederholen.

OV Schwemle erklärt, dass man gerne auch eine günstigere Lösung gewählt hätte. Aber er hat sich auch die Stromkosten angeschaut für die Heizung. Durch die große Lösung kann man hier Folgekosten einsparen.

Der Vorsitzende stellt folgenden Antrag:

Die Arbeiten zur Sanierung des Rathauses Fünfbronn werden entsprechend dem Vorschlag von Architekt Kern beschränkt ausgeschrieben. Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3) Sanierung der Gemeindestraße „Im Gässle“

Die Sanierung dieser Straße wurde öffentlich ausgeschrieben. Auch hier sind Bedarfspositionen mit enthalten. Die Bierrangfolge ändert sich nicht und bleibt bei allen Varianten gleich. Herr Ing. Gaisser stellt die Ergebnisse der Ausschreibung vor.

Mit ausgeschrieben wurde das Einbringen von Flatlinern, dieses würde Kosten in Höhe von knapp 7.800 € ergeben. Ein neuer Asphaltbelag für den weiteren Verlauf bis zum ersten Querweg würde bei 37.336,13 € liegen. Dies beinhaltet auch die Erneuerung der Entwässerung, nicht nur ein neuer Belag. Letzteres würde der Vorsitzende gerne ausführen lassen. Die Meinung bei den Flatlinern gehen auseinander. Einerseits könnte es die Zukunft sein und ein Nachrüsten ist aufwendig, andererseits ist dies aber auch erst in vielen Jahren nutzbar und eher in Neubaugebieten zwingend. Da ein normales Leerrohr drin liegen wird, wird man auf die Flatliner verzichten. Da es für die Bieterreihenfolge keinen Einfluss hat, soll mit den Eigentümern gesprochen werden, ob Bedarf besteht. Gemeinderätin Marianne Herter-Lutz sündigt sich für die Asphaltierung des Feldweges aus. Gemeinderat Hartmut Schwemle gibt noch zu bedenken, dass bei dem Feldweg auch die Eigentümerverhältnisse beachtet werden müssen.

Der Vorsitzende stellt folgenden Antrag:

Die Sanierung der Gemeindestraße „Im Gässle“ wird an den annehmbarsten Bieter, an die Fa. Strohäker, Jettingen mit einer Angebotssumme von €306.261,83 € Brutto zu vergeben. Das Thema Flatliner wird zurückgestellt, die Asphaltierung des Feldweges wird beauftragt. Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Das Elektrogewerk / Straßenbeleuchtung wurde beschränkt ausgeschrieben. Es gingen zwei Angebote ein.

Des Weiteren wird vom Vorsitzenden der Antrag gestellt, die Straßenbeleuchtungsarbeiten an den annehmbarsten Bieter, die Fa. Traub, Enzklösterle mit einer Angebotssumme von €6.233,22 Brutto zu vergeben. Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

4) Stadtsanierung Simmersfeld:

Kooperatives Planungsgutachten für die neue Ortsmitte in Simmersfeld

Tag der Städtebauförderung am 09.05.15 (bzw. 08.05.15)

In 2015 soll erstmals ein „Tag der Städtebauförderung“ stattfinden. Nachdem es sich bei der Durchführung des kooperativen Planungsgutachtens anbietet, könnte dieser Tag der Städtebauförderung mit unserem Verfahren in Simmersfeld verknüpft werden. Diesen Tag der Städtebauförderung kann man also auch für eine aktive Bürgerbeteiligung nutzen.

Dem Vorsitzenden gefällt diese Möglichkeit sehr gut. So hat man die Möglichkeit, diesen Tag mit einem wirklichen Inhalt auszufüllen und es handelt sich nicht nur um eine bloße Inszenierung. Zeitlich passt es sehr gut.

Ein zweites Thema, was er vorab ansprechen möchte ist die Möglichkeit einer Förderung für barrierefreies Wohnen. Das Förderprogramm heißt „Innovationsprogramm Pflege“. Von SPES (der Verein Spes hat die Gemeinde Simmersfeld bei dem Projekt Innovative, barrierearme Wohnformen mit Betreuungsmöglichkeit für ältere Menschen zur Belebung der Ortszentren begleitet) wurde darauf hingewiesen, dass das Land Baden-Württemberg ein neues Förderprogramm verabschiedet hat. Demnach ist es möglich, für Investitionen einen Zuschuss in Höhe von 60 % der förderfähigen Ausgaben zu erhalten. Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen. Allerdings kann man schon argumentieren, dass es Sinn machen würde, wenn die Gemeinde Projektträger ist.

Der Gemeinderat Simmersfeld hat sich am 15.10.2014 für die Durchführung eines kooperativen Planungsgutachtens ausgesprochen. Mit Hilfe dieses Verfahrens soll die Zielvorstellung für die Gestaltung der Ortsmitte Simmersfeld gefunden werden, eines der zentralen Themen bei der Stadtsanierung. Mit der Kommunalentwicklung wurden die Rahmenbedingungen für das kooperative Planungsgutachten besprochen. Diese hat sich nun an die verschiedenen Büros gewandt und die Bereitschaft zur Beteiligung an diesem Verfahren abgefragt. Die entsprechenden Modalitäten sollen nun im Gemeinderat beraten und beschlossen werden.

Heute soll diese Verfahren in Gang gesetzt werden. Das weitere Vorgehen wird nun durch die Herren Kühnert und Lämmle vorgestellt.

Herr Lämmle stellt die Anforderungen an das Planungsgutachten in einer Präsentation vor. Im Vorfeld hat er das Thema allgemein schon mal erläutert. Er hat nun die Wünsche des Gemeinderates mit aufgenommen. Das Aufwandshonorar hat er nun höher angesetzt, da auch verkehrsrechtliche Veränderungen aufgearbeitet werden sollen. Als Teilnehmer für den Wettbewerb haben sie fünf unterschiedliche Vorschläge gesammelt, die unterschiedliche Herangehensweisen abdecken. Die Kosten belaufen sich auf rund 81.000 €. Die Gemeinde trägt als Eigenanteil 40 Prozent (32T€).

Im Terminplan wurde der 8. Mai nun auch mit aufgenommen. Es könnte ein Bürger - Planer-Dialog und die Ausgabe der Unterlagen an diesem Tag stattfinden. Im Juli ist Abgabetermin und Tagung des Bewertungsgremiums.

Gemeinderat Hartmut Schwemmler interessiert, wer letztendlich Herr des Verfahrens ist. V.a. wer über die Beauftragung entscheidet. Ihm ist es wichtig, dass die Büros auch Erfahrungen mit kleineren Gemeinden haben. Herr Lämmle erklärt, dass das Bewertungsgremium eine Empfehlung abgibt für die Preisvergabe. Er kennt die vorgeschlagenen Büros von anderen Projekten und ist sich sicher, dass die auch in kleineren Bereichen die Wünsche der Auftraggeber erfüllen können. Gemeinderat Hartmut Schwemmler fragt, ob man auch regionale Architekten den Büros vorschlagen könnte. Herr Lämmle hat dies bisher noch nie so kennen gelernt. Gemeinderat Karl Roller ist es wichtig, dass gewährleistet ist auch vom ausgewählten Modell abweichen zu können. Dies ist natürlich möglich.

Als Ausblick spricht Herr Lämmle noch die denkbare Verlegung der Ortsdurchfahrt an. Dieses Thema wurde beim zuständigen Straßenbaulastträger angesprochen. Diese würden sich nicht widersetzen, allerdings müsste die Gemeinde die Kosten tragen. Es würde auf jeden Fall einen sehr hohen Zeitaufwand bedeuten, das Planungsverfahren wird nur alle drei Jahre gemacht. Zudem müssen Grundstücke erworben werden. Das man im Wettbewerb zwei Varianten offen lässt mit ungewisser Machbarkeit wirkt sich negativ aus. Es ist ein höherer Aufwand, und schwerer vergleichbar.

Im Hochbaubereich wurden nun die Anregungen aus der Klausur des Gemeinderates aufgenommen. Diese werden dann alle in die Auslobung aufgenommen.

Für Gemeinderat Karl Roller hat ganz klar die Verlegung der Ortsdurchfahrt Richtung Festspielhaus erste Priorität. Gemeinderat Hartmut Schwemmler erklärt, dass man hier mit einigen Eigentümern erst noch Gespräche führen muss, ob die Flächen zu haben sind oder nicht. Herr Kühnert kann aus Erfahrung sagen, dass es äußerst schwierig war in vergleichbaren Fällen die Ortsdurchfahrt zu verlegen. Schade wäre es, wenn man am Ende ein tolles Modell hat, das man am Ende nicht umsetzen kann, weil man es nicht bezahlen kann oder die rechtlichen Verfahren eine Umsetzung verhindern.

Warum man nun das Verfahren recht zügig angehen will, ist die Frist für das Förderprogramm „Innovationsprogramm Pflege“. Dieses ist ein Pilotprojekt. Es werden 10 Gemeinden ausgewählt. Die Investitionskosten werden bis zu 60 Prozent gefördert. Das sollte man sich nicht entgehen lassen, da der Hochbau für die barrierefreie Wohnformen nicht über die Stadtsanierung gefördert werden. Da es ein Pilotprojekt ist, kann es sein, dass es keine weitere Auflage gibt. Es wird eine Kostenschätzung nach DIN 276 verlangt. Diese erhält man über das Planungsgutachten. Geklärt werden muss noch die Förderung dieses Teils. Herr Kühnert betont noch mal, dass die Kosten für die Verlegung der Straße nicht in die Förderung genommen werden können. Unter bestimmten Voraussetzungen nur die Leitungen und Kanälen.

Gemeinderat Hartmut Schwemmler ist es wichtig, die beiden Themen Stadtsanierung und barrierefreies Wohnen zu trennen. Er würde erst die Eigentumsverhältnisse für die Straße abklären, bevor man den Wettbewerb macht. Daher würde er den Wettbewerb raus schieben und den Förderantrag für das barrierefreie Wohnen separat anzugehen. Gemeinderat Herbert Müller sieht ebenfalls das Problem bei der Planung, wenn noch nicht bekannt ist, wie die Eigentümer der Verlegung der Straße entgegenstehen. Der Vorsitzende hält dem noch mal entgegen, dass man nur ein 8 Jahre hat für das Gesamtprojekt. Daher sollte man sich ranhalten. Herr Lämmle gibt noch zu Bedenken, dass der Wettbewerb nicht im Winter stattfinden sollte, wenn Schnee liegt.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass der Tag der Städtebauförderung dann abgesagt wird. Der Startschuss wird verlegt, bis man mit den Eigentümern direkt gesprochen hat.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, sich an dem Projekt „Innovationsprogramm Pflege“ zu beteiligen und die KE mit der Antragstellung zu beauftragen. Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

5) Albblickschule Simmersfeld, aktuelle Situation

Das staatliche Schulamt Pforzheim hat der Gemeinde Simmersfeld offiziell mitgeteilt, dass aufgrund § 30b Schulgesetz die Verpflichtung bestehe, den Schulträger auf die Unterschreitung der Mindestschülerzahl von 16 hinzuweisen. Somit bestehe die Verpflichtung, eine regionale Schulentwicklung durchzuführen. Ziel dieser regionalen Schulentwicklung solle es sein, dass vom Schulträger eine schulorganisatorische Maßnahme nach § 30 Schulgesetz beantragt werde. Eine solche Maßnahme könne beispielsweise die Aufhebung der Schule oder ein Antrag auf Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen sein.

Am 23.02.2015 fand ein Gesprächstermin mit dem Leiter des Staatlichen Schulamts Pforzheim statt. Nachdem auch weiterhin davon auszugehen ist, dass es keine Eingangsklasse in der Hauptschule (Neue Werkrealschule) geben wird (hierzu wären 16 Anmeldungen notwendig), kann ab dem Schuljahr 2015/2016 die Sekundarstufe in Simmersfeld nicht mehr fortgeführt werden.

Die derzeitige achte Klasse wird ihren Abschluss in der Albblickschule machen können, die derzeitige Kombiklasse 6 und 7 kann zukünftig (ab dem kommenden Schuljahr 2015/2016) nicht mehr in Simmersfeld unterrichtet werden. Die Schüler dieser Klasse müssen eine andere Schule in der Umgebung besuchen. Durch diese Vorgehensweise wird gewährleistet, dass sich die Schüler nicht unmittelbar nach dem Wechsel bereits auf ihren Abschluss vorbereiten müssen, sondern sich zunächst an der neuen Schule eingewöhnen können.

Nach Auskunft des Schulamts ist ein formeller Beschluss des Schulträgers (d.h. des Schulverbandes Simmersfeld) nicht notwendig. Die Schule bleibt formell weiter bestehen.

6) Bauantrag im Außenbereich: Neubau eines Wohnhauses mit Carport

Auf die beiliegenden Bauantragsunterlagen wird verwiesen. Der Standort befindet sich im Außenbereich. Im Flächennutzungsplan ist in diesem Bereich keine Bebauung vorgesehen. Von daher ist das Vorhaben eher kritisch zu beurteilen.

Was man allerdings auch anführen kann, ist die herrschende Struktur entlang der Altensteiger Straße. Im weiteren Verlauf bis zur Gartenstraße gibt es keine reine Bebauung in erster Reihe, sondern mehrere Beispiele einer Bebauung in zweiter Reihe, bzw. relativ lang gestreckte Baukörper. Und auch die benachbarten Firmengebäude erstrecken sich relativ weit in das Grundstück hinein.

Im Gemeinderat soll nun beraten werden, ob die Gemeinde ihr Einvernehmen zu dieser Bauvoranfrage erteilt. Gemeinderat Karl Roller bemerkt, dass in der letzten Sitzung in einem ähnlichen Fall das Einvernehmen erteilt wurde. Daher wird er auch hier klar zustimmen. Man kann diesen Fall nicht anders behandeln. Gemeinderat Hartmut Schwemmler sieht dies genauso. Es spricht nichts dagegen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, das Einvernehmen der Gemeinde zu erteilen. Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

7) Bauantrag im Außenbereich: Abbruch u. Neubau Geräte-/ Lagerschuppen

Wegen Befangenheit tritt Gemeinderat Herbert Müller in den Zuhörerbereich zurück.

Beantragt wurden der Abbruch eines bestehenden Schuppens und der anschließende Wiederaufbau, der sich weitgehend im Umfang des Bestandes bewegt. Der Grundriss des Schuppens ist allerdings im Flächennutzungsplans ebenfalls nicht als bebaubar dargestellt. Insgesamt wird durch den Neubau eine Verbesserung der Situation erreicht. Die Unterlagen des Bauantrags liegen der Sitzungsvorlage bei. Gemeinderat Bernd Brüstle sieht hierin eine Verbesserung für das Ortsbild.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, das Einvernehmen der Gemeinde zu erteilen. Das Gremium stimmt einstimmig zu.

8) Feuerwehrbedarf 2015, Vergabe

Der Feuerwehrbedarf wurde beschränkt ausgeschrieben. Für den Funkbedarf wurden zwei Firmen gebeten, ein Angebot abzugeben. Beide haben dies getan. Mit 4.047,68 € ist die Fa. Bareither & Raisch der annehmbarste Bieter. (Anmerkung: Es werden noch 4 Geräte, die über die Versicherung abgewickelt werden mitbestellt, sind in der Summer nicht enthalten)

Für den sonstigen Bedarf wurden 5 Firmen angeschrieben, zwei haben ein Angebot abgegeben. Der annehmbarste Bieter ist die Fa. Ziegler mit 3.598,23 € für den sonstigen Bedarf und 14.435,56 € die Einsatzkleidung.

Zudem sollen Schneeketten für das neue Feuerwehrfahrzeug beschafft werden. Hier gibt es zwei Varianten – eine billige um 800 € netto je Paar und eine teurere Variante um 1.500 € netto je Paar. Da die Händler unterschiedliche Modelle anbieten, ist ein direkter Vergleich zwischen den Händlern schwer möglich. Laut Aussage der Händler ist es aber so, dass die billigeren vermutlich nur ein bis zwei Fahrten aushalten würden, v.a.

wenn man ggf. auf Teilstrecken ohne Schnee mit den Ketten fährt. Es werden auf jeden Fall die besseren empfohlen, die sind drei bis viermal so stark.

Der Vorsitzende stellt folgenden Antrag:

Der Funkbedarf wird vergeben an den annehmbarsten Bieter, die Fa. Bareither & Raisch zu einem Angebotspreis von 4.047,68 €(brutto).

Der Sonstige Bedarf und die Einsatzkleidung werden an den annehmbarsten Bieter, die Fa. Ziegler zu einem Angebotspreis in Höhe von 18.033,79 €(brutto) vergeben.

Des Weiteren wird die Verwaltung ermächtigt, zwei Paar Schneeketten der besseren Variante zu beschaffen nach nochmaliger Preisabfrage.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

9) Sanierung von Schächten, hier: Ausschreibung der Arbeiten

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Wasser- und Abwasserschächte saniert (in 2014 gab es keinen dringenden Bedarf, von einer Ausschreibung wurde deshalb abgesehen). Mittlerweile besteht wieder Bedarf, es wird vorgeschlagen, eine Anzahl von rund 10 Schächten nach Erstellung einer Dringlichkeitsliste (durch den Bauhof in Absprache mit den Ortsvorstehern) auszuschreiben.

In den letzten Jahren wurden die Schächte mit Kaltasphalt saniert. Leider musste festgestellt werden, dass sich die sanierten bereits nach wenigen Jahren in einem schlechten Zustand befinden. Von daher wird vorgeschlagen, für die Sanierung auch Angebote für die Sanierung mit Heißasphalt einzuholen.

Der Vorsitzende stellt folgenden Antrag:

Es wird eine beschränkte Ausschreibung für die Sanierung von ca. 10 Schächten durchgeführt. Es werden außerdem auch Angebote für die Sanierung mit heißem Asphalt eingeholt. Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

10) Austausch der Straßenbeleuchtung

Seit einiger Zeit tauscht die Gemeinde Simmersfeld zu einem festen Betrag nach und nach die Straßenbeleuchtung aus, um auf stromsparende Technik umzustellen.

Erstmals hat man nun in 2014 anstelle der (gelben) Natriumdampflampen auf (weiße) LED-Technik umgestellt. Die Leuchten in der Birkäckerstraße, Oberen Straße und dem Forchenweg wurden ausgetauscht. Die Erfahrungen sind gut, die Stromreduktion ist sehr gut.

Es wird vorgeschlagen, mit dem Austausch der Straßenbeleuchtung fortzufahren und etwa im gleichen Umfang (letztes Jahr wurden 13 Leuchten umgestellt) eine beschränkte Ausschreibung durchzuführen.

Gemeinderat Norbert Wurster regt noch an abzuklären, ob es schon wieder einen neueren Typ mit einer besseren Ausführung gibt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den Umtausch der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik fortzuführen und beschränkt auszuschreiben. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

11) Errichtung eines interkommunalen Hochgeschwindigkeitsnetzes

Die Gemeinde Simmersfeld hat Anfang 2014 einen Antrag auf Förderung gestellt, um ein interkommunales Hochgeschwindigkeitsnetz einzurichten (gemeinsam mit der Stadt Altensteig).

So wurden bereits im Zuge der Sanierung der K4334 zwischen Ettmannsweiler, Beuren, Lengenloch und Heselbronn Leerrohre eingelegt (bzw. werden zur Zeit eingelegt). Auch auf der Strecke zwischen Simmersfeld und Ettmannsweiler (L351) wurden diese Leerrohre eingelegt.

Mittlerweile wurde vom Regierungspräsidium Karlsruhe der Förderbescheid für dieses Projekt für Ende März in Aussicht gestellt. Um die Arbeiten zeitnah ausschreiben zu können, wird vorgeschlagen, den Ausschreibungsbeschluss unter der Voraussetzung zu fassen, dass der Förderbescheid vorliegt. Die Maßnahme wurde in den Haushaltsplänen 2014 und 2015 finanziert, ein Restbetrag von 150.00 € ist im Investitionsprogramm für 2016 vorgesehen.

Alle restlichen Arbeiten müssen in einer Maßnahme ausgeschrieben werden. Es handelt sich im Wesentlichen um die Verbindung zwischen Simmersfeld und Fünfbronn, zwischen Simmersfeld und dem Interkom, zwischen dem Interkom und Oberweiler sowie innerorts von Simmersfeld. Außerdem sind auch noch verschiedene Kurzschlüsse zu den vorhandenen Leerrohren und Kabelverzweigern herzustellen.

Die bisherigen Arbeiten wurden vom Ing.büro Gaisser ausgeschrieben. Es wird vorgeschlagen, die Ausschreibung der restlichen Gewerke auch von diesem Büro durchführen zu lassen. Die Ausschreibung könnte dann im April erfolgen, die Vergabe in der Mai-Sitzung. Die Herstellungskosten für die Restmaßnahmen (nach Abzug der bereits beauftragten Gewerke) liegen bei 475.000 € brutto (die Förderung wird sich auf ca. 260.000 € belaufen, der Eigenanteil liegt also somit bei 215.000 €). Diese Kosten sind dem Antrag entnommen und mit Hilfe von Pauschalsätzen pro Laufmeter ermittelt worden.

Des Weiteren hat Herr Kübler von der Breitbandberatung Baden-Württemberg vorgeschlagen, dass man auch gleich die Ausschreibung des Betreibers mit beschließt. Es ist aktuell mit einer Änderung der Vorschriften zu rechnen und es wird angenommen, dass sich die Bedingungen für die Ausschreibung nicht verbessern. Von daher ist zu überlegen, auch zum jetzigen Zeitpunkt schon die Suche nach einem Betreiber zu starten.

Als Zeitplan könnte man folgende Daten vorsehen:

Veröffentlichung am 27.03.2015, Angebotsfrist bis 29.05.2015 (mind. 2 Monate nach Veröffentlichung) und die Zuschlagsfrist 30.09.2015. Die Vergabe könnte im September 2015 erfolgen.

OV Schwemmler betont, dass es wichtig ist bei der Ausschreibung für den Betreiber auch die Telekom aufzufordern ein Angebot abzugeben. Viele Bürger und sicher auch Firmen haben ihre Email, Domain, Cloud usw. bei der Telekom. Das Gremium sieht dies genauso, allerdings kann man die Ausschreibung nicht beeinflussen.

Der Vorsitzende stellt zwei Anträge:

- 1) **Der Gemeinderat beschließt die Ausschreibung der Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung eines interkommunalen Hochgeschwindigkeitsnetzes. Die Ausschreibung darf erst erfolgen wenn der Förderbescheid des Regierungspräsidiums Karlsruhe vorliegt.**
- 2) **Das Ausschreibungsverfahren der Überlassung der Infrastruktur an privatwirtschaftliche Betreiber wird ebenfalls beschlossen.**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

12) Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen

a) Der erteilt ein Negativzeugnis, machte also von einem etwaigen Vorkaufsrecht bei einem Grundstücksverkauf keinen Gebrauch.

b) Des weiteren wurde eine Option auf den Kauf eines Bauplatzes im Baugebiet Zwerchäcker in Fünfbronn erteilt.

13) Verschiedenes / Bekanntgaben

Holzkaufverträge

Es wird ein Vertrag mit einem Volumen von 305,43 fm, / 28.142,10 € bekannt gegeben.

Stromausfall in Beuren, Etmannsweiler und Simmersfeld

Am Sonntag, den 08.03.2015 kam es zwischen 08:26 Uhr und 09:30 Uhr zu einem Stromausfall. Grund war ein Bussard, der in die Leitung geflogen ist.

Anschlussunterbringung von Asylbewerbern

Bei einem Termin am 06.03.2015 im Landratsamt Calw wurde den Vertretern der 25 Kreisgemeinden die aktuelle Hochrechnung / Prognose der Asylbewerberzahlen vorgestellt. Nach heutigem Stand wird für das laufende Jahr 2015 sowie für 2016 mit 27 Personen gerechnet, die von der Gemeinde Simmersfeld unterzubringen wären. Aktuell werden noch 3 Personen in Simmersfeld untergebracht.

Hundekot

Gemeinderätin Martina Schubert spricht das Thema Hundekottüten an. Sie wollte auf dem Rathaus Hundekottüten holen und hat nur normale Haushaltsmülltüten erhalten. Sie regt an, richtige Hundekottüten auszugeben. Sie hat auch mit Bürgern gesprochen. Es werden Mülleimer und Tütenspender gewünscht. Der Vorsitzende erklärt, dass im Gemeinderat mehrfach darüber gesprochen wurde und bisher keine solchen Einrichtungen befürwortet wurden. Die Anschaffungskosten und vor allem die Folgekosten für die wöchentliche Leerung der Eimer und nachfüllen der Spender, stehen in einer Flächengemeinde wie Simmersfeld außer Verhältnis. Die Ortsteile müsste man ja dann ebenfalls ausstatten. Er betont, dass die Hundesteuer keine Gebühr ist, bei der man eine Gegenleistung erwarten kann. Zudem ist der Steuersatz in Simmersfeld niedriger im Vergleich zu anderen Gemeinden. Die Gemeinderäte glauben nicht an eine Verbesserung der Situation durch die Aufstellung von Behältern.

Gemeinderätin Martina Schubert meint, es würden auch schon Spender reichen, es müssten nicht unbedingt auch Mülleimer hin. Die anderen Gemeinderäte sehen dies noch kritischer. Auch wenn die Tüten verrottbar sind, gehören sie in den Restmüll. Stellt man keine Mülleimer auf, landen die Tüten überall im Wald und in den Wiesen. Den Hund und die Leckerlis vergießt man auch nicht zu Hause, also kann man auch an die eigenen Tüten denken. Es wird vereinbart, dass richtige Tüten auf dem Rathaus bereitgehalten werden. Die Gemeinderäte sprechen sich aber gegen den Vorschlag von Gemeinderätin Martina Schubert aus, diese mit den Steuerbescheiden zu verschicken.

Kirchweg im Wald in Oberweiler

Dieser sei wohl noch von der Telekom aufgegraben. Der Verwaltung ist nichts bekannt. Der Bauhof soll es sich anschauen und der Telekom die Meldung weitergeben.